

Resolutionsantrag

der Abgeordneten Mag.^a Collini, Mag.^a Kollermann und Mag. Hofer-Gruber gemäß § 60 LGO 2001 zu Ltg.-1066/A-1/83-2020

betreffend: **"Europatag 2020 - überregionale Energiekonzepte"**

Ein Raum des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes war, ist und bleibt die Idee, die unser gemeinsames Europa bestimmt und die Europäische Union war, ist und bleibt ein Erfolgsmodell. Diesen Raum des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands, den wir in gemeinsamer Anstrengung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben, lernen viele aber erst in Zeiten einer Krise zu schätzen. Dann, wenn Teile der Grundfreiheiten - die wir allzu oft als gesetzt ansehen - plötzlich zur Disposition stehen. Eindrucksvoll konnten wir in den vergangenen Wochen am eigenen Leib verspüren, wie sich Renationalisierung auf unser tägliches Leben auswirkt und damit können wir polternden Nationalisten und demagogischen Populisten, deren politisches Kleingeld auf Basis des Kleinredens der Errungenschaften der Europäischen Idee gewechselt wird, mit Fug und Recht ins Stammbuch schreiben: "Ihr seid auf dem Holzweg!"

Es läuft nicht alles perfekt in der Union, vieles muss weiterentwickelt werden, vieles verbessert. Aber eines steht für NEOS fest - wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern lediglich energisch weiter drehen. Die Europäische Union funktioniert so gut, wie wir sie gestalten. Wir können, gerade im Lichte der Covid-19 Pandemie, nicht allen Ernstes "von Brüssel" verlangen, mehr für uns zu tun, wenn wir uns gleichzeitig weigern, das zu nutzen, was schon da ist und uns weiter gegen eine Reform der Institutionen stellen. Der Weg von der wirtschaftlichen zur politischen Union führt nicht über den Ansatz, 27 Schrebergärten hinter einem gemeinsamen Zaun zu verstecken und sicher nicht über den Ansatz, jegliche Initiative aus Brüssel reflexartig mit einem argwöhnischen Veto zu versehen, sondern - wenig überraschend und bereits erwähnt - über die Nutzung dessen, was schon da ist.

"Europäische Nachbarschaft muss gelebt werden!", dieses Zitat stammt von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, die dies anlässlich der Vergabe eines EUREGIO Innovationspreises für grenzüberschreitende Projekte sagte.

Im gegenständlichen Antrag der VPNO findet sich der Verweis darauf, dass sich der niederösterreichische Landtag zuletzt im Mai 2019 einstimmig gegen den Ausbau der Atomkraft und gegen die Errichtung von Atommüllendlagern bei unseren nördlichen Nachbarn ausgesprochen hat. Atomkraft ist - auch nach Ansicht von uns NEOS - eine Form der Energiegewinnung, die aufgrund der verheerenden Auswirkungen im Fall einer Fehlfunktion und das nicht gelöste Problem der Atommüllendlagerung durch Alternativen ersetzt werden muss. Was in dieser niederösterreichzentristischen Sichtweise aber fehlt, ist das Faktum, dass allein unsere Ablehnung der Nutzung von Atomkraft in der Slowakei nicht zu einem Verschwinden des Energiebedarfes dort führt. Wir rühmen uns, "Donau sei Dank" zu Recht, dass wir einen hohen Anteil unseres Energiebedarfes durch die Nutzung ökologisch schonenderer Gewinnungsmethoden decken können, andere Mitgliedsstaaten sehen sich aber anderen geografischen Ausgangslagen gegenüber. Und genau da kommt der EUREGIO Gedanke ins Spiel. Die Ablehnung der slowakischen Intentionen muss an ein Kooperationsangebot an die Nachbarstaaten gekoppelt werden. Einer zwischenstaatlichen Energiebedarfserhebung muss hier eine europäische Initiative mit verstärkter Kooperation zur Abdeckung des Energiebedarfs in *unserer* EUREGIO folgen. Hier kann und soll Niederösterreich voran gehen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Landesregierung wird - im Sinne der Antragsbegründung - aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich Schritte zu setzen, um Angebote für die slowakischen Nachbarn zu entwickeln, die im Sinne und zum Schutze der Bevölkerung beider Regionen Energieversorgungsalternativen in die Umsetzung bringen.

2. Die Landesregierung wird - im Sinne der Antragsbegründung - aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Verlangen heranzutreten, dass Bundeskanzler Sebastian Kurz, Europaministerin Karoline Edtstadler und Energie- und Umweltministerin Leonore Gewessler, innerhalb der europäischen Gremien - vor allem dem Rat der Staats- und Regierungschef_innen, sowie im Austausch mit unseren Nachbarstaaten - ein klares Bekenntnis zur Entwicklung und Implementierung überregionaler Energieversorgungskonzepte abgeben.“